

gymnasium

EVIDENZBASIERTE BILDUNGSPOLITIK!

GEWERKSCHAFT
ÖFFENTLICHER DIENST



DIE ZEITSCHRIFT DER
AHS-GEWERKSCHAFT

68. Jahrgang
September/Oktober 2019
nr. 5



Werch ein Illtum!

In einem Gastkommentar in der PRESSE vom 3. September 2019 bezweifelt die Kulturjournalistin Andrea Schurian, dass viele österreichische SchülerInnen die Überschrift dieser Glosse mit Ernst Jandl assoziieren würden. Und sie legt mit geharnischter Kritik an der Deutsch-Zentralmatura nach: „Ernst Jandl? Kein Stoff für die Schule. Wie viele andere Dichter, Schriftsteller und Denker auch nicht. Stattdessen werden Textsorten eingeübt, Leserbriefe, Meinungskommentare, streng nach Vorlage, jede kreative Abweichung oder Wortüberschreitung bringt Punkteabzug. Fantasie? Überbewertet. Literatur? Ein Orchideenfach.“ Schurians Kommentar trägt den Titel „Dr. Google, die neue Lehrkraft für Tablet-Klassiker“ und setzt sich kritisch mit der Technologiegläubigkeit sogenannter BildungsexpertInnen auseinander. Schurian zitiert den US-amerikanischen Technologiekritiker Nicholas Carr, der für Menschen, die sich im Netz immer weiterführender Links verheddern, den wenig schmeichelhaften Begriff „Laborratten“ geprägt hat. In seinem für den Pulitzer-Preis nominierten Sachbuch „Wer bin ich, wenn ich online bin – und was macht mein Hirn solange?“ wies Nicholas Carr auf die Bedeutung gedruckter – und somit „linkfreier“ – Texte hin. Laut Carr verfestige sich Gelesenes viel wahrscheinlicher im Langzeitgedächtnis, wenn es nicht auf digitalem Weg konsumiert wird. Außer Zweifel steht, dass Kindle und Co zwar Lektüre analog zu Büchern ermöglichen, es ist aber ebenso offensichtlich, dass der Smartphone-Tsunami Langtexte immer öfter wegschwemmt und Menschen immer mehr zur Lektüre kleiner Häppchen verführt. Andrea Schurian nennt diese Entwicklung „Wegwischen als Lösungskompetenz“ und unterstellt der Politik, diese Entwicklung mit Freude zu beobachten, weil diverse Skandale und Bösartigkeiten bei Wahlen eher weniger schaden, weil sie beim Großteil des Wahlvolks im „gnädigen Kurzzeitgedächtnis“ (@Schurian) schon längst verblasst sind. Dass Schurians Artikel online nur im Premiumbereich der PRESSE lesbar war, passt ins Bild. Intellektuell schwere Kost passt einfach nicht in die Welt der leichten Lesehäppchen.

inhalt

top thema
EVIDENZBASIERTE
BILDUNGSPOLITIK!
 Von Mag. Herbert Weiß

im fokus
DIE GEWERKSCHAFT FRAGT –
DIE PARTEICHEFS ANTWORTEN

gut zu wissen
PRÜFUNGSTAXEN FÜR DEN
NT 2019 / HT 2020
 Von Mag. Georg Stockinger

BESOLDUNGSREFORM 2019
 Von Mag. Dr. Eckehard Quin

im fokus
TALIS 2018 – EIN SCHULPOLITI-
SCHER HANDLUNGS-AUFTRAG
 Von Mag. Gudrun Pennitz

menschen
AUSZEICHNUNGEN UND
ERNENNUNGEN

facts statt fakes
 Von Mag. Gerhard Riegler

aktuelle seite
RÜCKKEHR ZU EINER
EVIDENZBASIERTEN
BILDUNGSPOLITIK?
 Von Mag. Herbert Weiß

nachgeschlagen

4

8

11

14

16

20

22

23

24

4

14

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die
 Nr. 6/2019:
 28. Oktober 2019

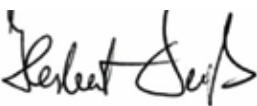
SEHR GEEHRTE FRAU KOLLEGIN! SEHR GEEHRTER HERR KOLLEGE!

Im vergangenen Schuljahr war das Thema Gewalt an Schulen unter anderem durch einen Vorfall an der HTL Ottakring in allen Medien. Plötzlich sprach niemand mehr davon, dass die LehrerInnen aus einer Mücke einen Elefanten machen würden. In Wahrheit sind nämlich jene Vorfälle, die im Frühjahr die Wogen hochgehen ließen, nur die Spitze eines Eisbergs. Paul Kimberger, der Vorsitzende der ARGE LehrerInnen in der GÖD, bezeichnet diese in einem Interview als Extremfälle, die aber eine Entwicklung an die Oberfläche brächten, die in den Schulen schon geraume Zeit zu beobachten sei.¹

Endlich wurden auch von der Politik erste Maßnahmen gesetzt bzw. angekündigt. Dann kamen die Ibiza-Affäre, das Misstrauensvotum für die türkis-blaue Regierung etc.

Niemand erwartet von einer „Übergangsregierung“ tiefgreifende Reformen. Dass aber Parteien, die sich selbst gerne als staatstragend bezeichnen, in Vorwahlzeiten das Tagesgeschäft ganz aus den Augen verlieren, daran werde ich mich wohl nie gewöhnen. Auf ein Wahlzuckerl für die PensionistInnen konnte man sich schnell einigen. Auf ein Konzept für geeignete Maßnahmen gegen die Gewalt an Schulen hat man offensichtlich vergessen. Dass uns das Thema noch lange beschäftigen wird, zeigen unter anderem der jüngst veröffentlichte Bericht über die Verurteilung eines Fünfzehnjährigen, der monatelang Mitschüler misshandelt hat,² bzw. über die aktuellsten Entwicklungen nach dem Vorfall in der HTL Ottakring.³

Ich fordere alle Parteien auf, sich ihrer Verantwortung für Kinder und Jugendliche zu stellen. Die PolitikerInnen sollten, statt sich gegenseitig Versäumnisse vorzuwerfen, Initiativen setzen. Runde Tische oder Arbeitsgruppen haben in Österreich leider oft den Charakter von Zeitvernichtungsmaschinen. Beim Thema Gewalt an Schulen könnte man aber beweisen, dass es auch anders geht. Was spricht dagegen, dass sich die politischen Parteien mit den Betroffenen, den unterrichtenden LehrerInnen, mit SchülerInnen und Eltern, zusammensetzen und Maßnahmen zur Bewältigung des Problems diskutieren? Wir LehrervertreterInnen haben uns in diesem Zusammenhang schon bei verschiedenen Gelegenheiten konstruktiv eingebracht. Angekommen scheinen bisher nur die Time-out-Klassen zu sein. Einerseits sind diese aber noch gar nicht angelaufen, und andererseits können diese nur ein kleiner von vielen dringend nötigen Schritten sein. Niederschwellige Maßnahmen, die es LehrerInnen ermöglichen, frühzeitig und wirksam auf Regelverstöße zu reagieren, fehlen nämlich völlig.



Mag. Herbert Weiß
Vorsitzender der AHS-Gewerkschaft



- ¹ Anzeigen in Schulen haben um 22 Prozent zugenommen, <https://www.krone.at/1924732>.
² Schüler für Misshandlungen verurteilt, <https://wien.orf.at/stories/3010258/>.
³ Spuck-Video in der HTL Ottakring: Schüler nach Verweis wieder zurück, <https://kurier.at/chronik/wien/spuck-video-in-der-hfl-ottakring-schueler-nach-verweis-wieder-zurueck/400598597>.

impresum

gymnasium. Zeitschrift der AHS-Gewerkschaft in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst. Herausgeber: Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Dr. Norbert Schnedl. Medieninhaber: Die GÖD Wirtschaftsbetriebe Ges. m. b. H., A-1010 Wien, Teinfaltstraße 7. Chefredaktion und für den Inhalt verantwortlich: Mag. Gudrun Pennitz, 1090 Wien, Lackiererergasse 7, Tel.: 01/405 61 48, Fax: 01/403 94 88, E-Mail: office.ahs@goed.at. Redaktion, Produktion, Konzeption und Anzeigenverwaltung: Modern Times Media Verlagsges. m. b. H., 1030 Wien, Lagergasse 6/35, Tel.: 01/513 15 50. Chefin vom Dienst: Mag. Aldina Dolic, Grafik: Thomas Frik, Hersteller: Druckerei Berger, A-3580 Horn, Wienerstraße 80. Verlagsort: Wien. Herstellungsort: Horn. DVR-Nr.: 0046655. Namentlich gekennzeichnete Beiträge unterliegen der Verantwortung des Autors. Die Redaktion behält sich das Recht der Kürzung vor. Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben in dieser Zeitschrift trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Herausgebers und Medieninhabers, der Redaktion oder der AutorInnen ausgeschlossen ist.

MAG. HERBERT WEISS
VORSITZENDER DER
AHS-GEWERKSCHAFT
herbert.weiss@goed.at



Evidenzbasierte Bildungspolitik!

Dem chinesischen Philosophen Tschuang-Tse wird folgendes Zitat zugeschrieben: „Willst du für ein Jahr vorausplanen, so baue Reis. Willst du für ein Jahrzehnt vorausplanen, so pflanze Bäume. Willst du für ein Jahrhundert planen, so bilde Menschen.“

Für ein Jahrhundert scheint Österreichs Politik nicht zu planen. Das Thema Bildung hat im heurigen Nationalratswahlkampf nur eine sehr untergeordnete Rolle gespielt. Geht es unseren PolitikerInnen wirklich nur darum, kurzzeitig Profit aus ihren Aussagen zu schlagen?

Entsprechen negative Klischees über Politik der Wirklichkeit? In diese Richtung deuten für mich leider Bildungs- bzw. Schulthemen, die im heurigen Frühjahr und Sommer behandelt wurden. Dabei ging es zum Beispiel um angebliche Privilegien junger LehrerInnen, die ihre Karenzunterbrechung, die ihnen nach dem Mutterschutzgesetz ebenso wie allen anderen DienstnehmerInnen zusteht, in die Ferien legen. Viele schimpften über diese jungen Mütter, ohne sich Gedanken zu machen, was es für die SchülerInnen, KollegInnen und betroffenen Schulen bedeuten würde, wenn die jungen Lehrerinnen nicht in den Sommerferien, sondern mitten im Schuljahr für zwei Monate in die Klassen zurück- und ihnen danach wieder den Rücken kehren würden.

Für eine Nebelgranate, über deren Konsequenzen sich deren Produzent offensichtlich keine ernsthaften Gedanken gemacht hat, halte ich die Idee, schulautonome Tage durch familien- bzw. schülerInnenautonome Tage zu ersetzen. Über die abstruse Idee,



die vermehrten Probleme mit verhaltensauffälligen SchülerInnen dadurch lösen zu wollen, dass man eine Probezeit für LehrerInnen einführt, will ich gar keine Worte verlieren.

Es wundert und ärgert mich, dass vor den Wahlen bei den Themen „Finanzierung des Schulwesens“ und „Chancengerechtigkeit“ mancherorts noch immer und schon wieder die Ideologie über die Evidenz gesiegt zu haben scheint. Diesen Artikel möchte ich deshalb dem Märchen einer ausreichenden oder gar reichlichen Finanzierung des österreichischen Schulwesens und dem einer Erhöhung der „Bildungsgerechtigkeit“ durch Einführung der Gesamtschule widmen.

BILDUNGSINVESTITIONEN

Von vielen PolitikerInnen oder selbsternannten ExpertInnen wird immer wieder behauptet, Österreich hätte ein teures Schulwesen. Ob sie dabei bewusst Falschinformationen transportieren, um den Boden für „längst überfällige Reformen“ aufzubereiten, oder den Unterschied zwischen Investitionen in das Bildungssystem und solchen in das Schulsystem nicht kennen, will ich hier nicht kommentieren. Es zeigen sich aber auch schon bei den Bildungsinvestitionen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern,

die unseren PolitikerInnen zu denken geben müssten: „Im internationalen Vergleich sind die Bildungsausgaben in den nordischen Ländern Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden mit jeweils mehr als 7 % des BIP deutlich höher als in Österreich.“¹

„Between the two years (Anm.: 2004 und 2014), there was an increase in the level of public expenditure on education relative to GDP in all of the G20 members, most notably (in percentage point terms) in Brazil and Argentina.“² Der Anteil des Bruttoinlandsprodukts, der dem Bildungswesen zur Verfügung gestellt wird, wurde seit der Jahrtausendwende in den meisten OECD-Staaten erhöht, in Österreich jedoch um mehr als ein Zehntel verkleinert:

Gesamtausgaben für das Bildungswesen als Anteil am BIP	1999	2016
OECD-Durchschnitt	5,5%	5,8%
Österreich	6,3%	5,6%

1999: OECD (Hrsg.), Education at a Glance 2002 (2002), Table B2.1c.

2016: OECD (Hrsg.), Education at a Glance 2019 (2019), Table B2.4. + Table C2.1.

¹ BMBWF (Hrsg.), Nationaler Bildungsbericht Österreich 2018, Band 1 (2019), S. 27.

² Eurostat (Hrsg.), The EU in the world, 2018 edition (2018), S. 47.



Dieses dauernd enger werdende Bildungsbudget Österreichs wird immer stärker durch die rasant steigenden Kosten für die vorschulischen Bildungsinstitutionen einerseits und die rapid steigenden Kosten des nachschulischen Bereichs andererseits in Anspruch genommen. „Die stärksten Ausgabensteigerungen waren seit dem Jahr 2000 bei den Kindertagesheimen zu beobachten. Hier sind die Ausgaben um mehr als das Eineinhalbfache gestiegen. [...] Im Jahr 2016 wurden 2.472,6 Millionen Euro für Kindertagesheime verausgabt.“³ „In Österreich werden dem Primar-, Sekundar- und postsekundären und nicht tertiären Bereich zusammen nur 3,1 % des BIP zur Verfügung gestellt, dem Tertiärbereich aber 1,8 %.“⁴ Es gibt inzwischen keinen zweiten EU-Staat, der einen so großen Anteil der budgetären Möglichkeiten in den tertiären Bereich investiert wie Österreich. Der BIP-Anteil ist in Österreich fast schon doppelt so groß wie im OECD-Mittel. Österreichs Budgetausgaben für den tertiären Bereich liegen fast drei Milliarden über dem OECD-Mittelwert! Der tertiäre Bereich wird nämlich in Österreich anders als in sehr vielen anderen Staaten fast ausschließlich öffentlich finanziert. „Im Durchschnitt der OECD-Länder werden fast 32 % der Gesamtausgaben für Bildungseinrichtungen im Tertiärbereich mit Mitteln aus dem Privatsektor finanziert.“⁵ In Österreich sind es hingegen nur sechs Prozent.⁶

Österreichs Bildungsbudget wird durch die rapid wachsende Anzahl junger Menschen extrem belastet, die für das Studium nach Österreich kommen, insbesondere all die jungen Menschen aus Deutschland, die dort keinen Platz an der Uni finden (Numerus clausus). „Besuchten Mitte der 1990er-Jahre gut 27.000 ausländische Staatsangehörige eine öffentliche Universität in Österreich, so waren im Wintersemester 2017/18 bereits mehr als 76.000 AusländerInnen inskribiert; dies entsprach rund 27 % aller Studierenden an österreichischen Universitäten.“⁷ Schon jeder Dritte, der ein Studium in Österreich beginnt, tut dies mit einem Reifeprüfungszeugnis, das er im Ausland erworben hat.

Wenn der gesamte Kuchen kleiner wird und die Anteile für den vorschulischen und den tertiären Bereich gleichzeitig größer werden, braucht man kein Bildungsexperte sein, um zu erkennen, dass sich daraus ganz automatisch eine Verkleinerung jenes Teils ergibt, der für die Schulen übrigbleibt. „Österreichs Ausgaben lagen in diesen Bereichen mit 2,1 % (Anm.: für die Primarstufe und Sekundarstufe I) bzw. 1,0 % (Anm.: für die Sekundarstufe II) unter dem EU22-Durchschnitt von 2,3 % bzw. 1,2 %.“⁸ „In den meisten Ländern und auch im Durchschnitt der OECD-Länder entfallen grob drei Viertel der öffentlichen Gesamtausgaben für Bildung im Primar- bis Tertiärbereich auf die nicht tertiären Bildungsbereiche.“⁹ Österreich gehört zu den wenigen OECD-Ländern, in denen dies nicht annähernd der Fall ist.

Weitere Daten zu den Ausgaben für das Bildungs- bzw. Schulsystem sind auf „facts statt fakes“ auf Seite 22 nachzulesen.

RESSOURCENMANGEL IM GYMNASIUM

Wer die Situation an unseren Schulen kennt, wird sich nicht wundern, dass gerade an den Gymnasien der Ressourcenmangel besonders groß ist. „Abgesehen von den Sonderschulen, deren Pro-Kopf-Ausgaben durch die intensive Betreuung bei über 32.000 Euro liegen, betragen die Ausgaben in Schulen der Sekundarstufe I zwischen 8.200 Euro in der AHS-Unterstufe und 12.400 Euro an NMS. Die durchschnittlichen Kosten der HS liegen bei rund 11.300 Euro. Somit liegen die Kosten der AHS-Unterstufe um knapp 3.000 Euro unter den Kosten der HS und beinahe 4.200 Euro unter den Kosten der NMS. Auf vier Schuljahre aufgerechnet ergibt das eine Differenz pro SchülerIn von rund 12.000 Euro (HS) bzw. 16.800 Euro (NMS).“¹⁰

Nach Gründen dafür braucht man nicht lange zu suchen. Manchen ist eben die Ideologie wichtiger als die Evidenz. Da ihre ursprünglichen Versuche, das Gymnasium in die Knie zu zwingen, nicht erfolgreich waren, haben es politische Verantwortungsträger-

rlinnen mit Aushungern versucht. ProponentInnen für diese Vorgangsweise kenne ich zur Genüge. Zwei von ihnen haben jüngst wieder den Weg in die Medien gefunden, als sie als mögliche Bildungsministerinnen für eine zukünftige türkis-rote Bundesregierung genannt wurden.¹¹ Alle ihre Bemühungen haben aber nichts daran geändert, dass das Gymnasium in der Bevölkerung nach wie vor einen sehr guten Ruf hat und sehr viele Eltern ihre Kinder zu uns schicken wollen. Das gilt sogar für sehr viele PolitikerInnen, die sich in ihren öffentlichen Statements aus Gründen der „Bildungsgerechtigkeit“ für eine Gesamtschule aussprechen.

„BILDUNGSGERECHTIGKEIT“

Eines der Lieblingsargumente der GesamtschulbefürworterInnen ist, dass diese, anders als die vielgescholtene „Selektion“ in einem differenzierten Schulsystem, den Kindern gleiche Bildungschancen böte. Ob sie damit gerechte Chancen oder wirklich gleiche meinen, wage ich nicht zu beurteilen, die Bildungswissenschaft zeigt jedenfalls andere Ergebnisse: *„In Österreich, der Schweiz und Deutschland ist die Chancengerechtigkeit nicht größer als in England, den USA und Finnland – alles Länder mit einer gemeinsamen Sekundarstufe für alle Schüler.“*¹² *„In der Studie ‚Lebensläufe ins frühe Erwachsenenalter‘ (Life) wird aufgezeigt, dass es einer Gesamtschule im Vergleich zum dreigliedrigen Schulsystem nicht besser gelingt, für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen. In beiden Fällen nämlich besteht ein hoher Zusammenhang zwischen sozioökonomischem Status und Schulabschluss. Gleiches lässt sich für Ganztagschulen beobachten, die ebenfalls mit dem Ziel antreten, eine bessere Bildung für alle zu ermöglichen, die unabhängig vom sozioökonomischen Status der Eltern ist.“*¹³ Dass Eltern alles versuchen, um ihren Kindern die besten Voraussetzungen für ihr weiteres Leben mitzugeben, ist für mich selbstverständlich. Dass manche Eltern dabei mehr oder weniger auslassen, ist schlimm genug. Dass „BildungsexpertInnen“ oder PolitikerInnen dann aber so tun, als könnte eine Schule, in der alle unter denselben Rahmenbedingungen unterrichtet werden, das ausgleichen, halte ich für grob fahrlässig. In der Theorie stelle ich mir eine Schule toll vor, die auf alle Interessen und Bedürfnisse der SchülerInnen eingeht und ihnen vielfältige Angebote in musischen, kreativen, technischen, sprachlichen sportlichen etc. Bereichen bietet. Ob sich eine solche aber überhaupt realisieren lässt, wage ich massiv zu bezweifeln. Wenn das wirklich möglich sein sollte, müsste unser Schulwesen grundlegend umgestaltet werden. Kleinschulen oder die Regionalisierung, die ich für ein hohes Gut unseres Schulwesens halte, wür-

den hier aber jedenfalls unter die Räder kommen. Von der Finanzierung möchte ich gar nicht sprechen. Warum holt man also alte „Ideale“ wieder aus der Schublade und geht nicht den Weg, der in anderen Ländern beschritten wird? *„The desire to improve the quality of educational provision and ensure that it matches each student's interests and potential, has led many school systems to offer a variety of educational pathways and parallel programmes.“*¹⁴ *„While study plans are individualised to account for the educational background of each child, in practice, heterogeneous teaching groups that incorporate children of differing ages, backgrounds and skills often compromise the efficiency of learning.“*¹⁵

Dass Österreichs differenziertes Schulwesen nachweislich zu Bildungsgerechtigkeit beiträgt, belegen die folgenden Zahlen:

Leistungsrückstand der Kinder von Eltern, die maximal Pflichtschulabschluss aufweisen, auf die von Eltern mit postsekundärem oder tertiärem Bildungsabschluss, in Mathematik	
vor der Sekundarstufe I:	119 Punkte
nach der Sekundarstufe I:	101 Punkte

BIFIE (Hrsg.), „Standardüberprüfung 2018. Mathematik, 4. Schulstufe. Bundesergebnisbericht“ (2019), S. 48; BIFIE (Hrsg.), „Standardüberprüfung 2017. Mathematik, 8. Schulstufe. Bundesergebnisbericht“ (2018), S. 55. Anm.: Etwa 40 Punkte entsprechen dem Lernfortschritt eines Schuljahres. www.bildungswissenschaft.at

Die durch die sozioökonomische Herkunft bestimmte Leistungsdifferenz ist bei Österreichs SchülerInnen VOR Beginn der Differenzierung enorm groß und kann während der differenzierten Sekundarstufe I verkleinert werden.

Ich fordere eine evidenzbasierte Bildungspolitik. Dann würde die Politik dem Schulwesen endlich die Mittel zur Verfügung stellen, die es aufgrund seiner zahlreichen Aufgaben für die Gesellschaft dringend benötigt. ■

³ Statistik Austria (Hrsg.), Bildung in Zahlen 2016/17. Schlüsselindikatoren und Analysen (2018), S. 90f.

⁴ OECD (Hrsg.), Bildung auf einen Blick 2019 (2019), Abbildung C2.1.

⁵ OECD (Hrsg.), Bildung auf einen Blick 2019 (2019), S. 339.

⁶ OECD (Hrsg.), Bildung auf einen Blick 2019 (2019), Tabelle C3.1.

⁷ Statistik Austria (Hrsg.), migration & integration - zahlen, daten, indikatoren 2019 (2019), S. 50.

⁸ Statistik Austria (Hrsg.), Bildung in Zahlen 2016/17. Schlüsselindikatoren und Analysen (2018), S. 96.

⁹ OECD (Hrsg.), Bildung auf einen Blick 2018 (2018), S. 363.

¹⁰ BMBWF (Hrsg.), Nationaler Bildungsbericht Österreich 2018. Band 1 (2019), S. 54–56.

¹¹ Siehe „Nächste Regierung: Türkis-Rot mit 6 SPÖ-Ministern“, oe24.at am 1. September 2019.

¹² Univ.-Prof. Dr. Helmut Fend, Profil (Zeitung des aphy) vom November 2018, S. 25.

¹³ Univ.-Prof. Dr. John Hattie u. a., Visible Learning. Auf den Punkt gebracht (2018), S. 53.

¹⁴ OECD (Hrsg.), Responsive School Systems (2018), S. 23.

¹⁵ OECD (Hrsg.), Working Together: Skills and Labour Market Integration of Immigrants and their Children in Finland (2018), S. 178.

Die Gewerkschaft fragt – die Parteichefs antworten

Die AHS-Gewerkschaft hat die Vorsitzenden aller sechs Parlamentsparteien um die Beantwortung von fünf Fragen gebeten. Dafür hatten sie im Mai und Juni rund sechs Wochen Zeit. Trotz Erinnerung haben nur drei Parteivorsitzende Antworten übermittelt, **die SPÖ-Vorsitzende, der FPÖ-Vorsitzende und die Vorsitzende der Liste JETZT haben leider nicht geantwortet!**



1 Im OECD-Mittel werden 8,1 Prozent des Gesamtbudgets dem Schulwesen zur Verfügung gestellt, in Österreich aber nur 6,1 Prozent. Halten Sie diese Dotierung für ausreichend?

ÖVP Wir setzen uns für eine ausreichende und gezielte Ausgestaltung des Schulbudgets ein, das den vielfältigen Herausforderungen der österreichischen Schule gerecht werden muss.

NEOS Die OECD stellt gleichzeitig fest, dass Österreich sehr hohe Kosten pro SchülerIn hat. Wir müssen also danach trachten, dass das Geld auch wirklich bei den SchülerInnen ankommt. Kurzfristig braucht es aber für dringend notwendige Maßnahmen mehr Geld im System.

Die Grünen* Die Anforderungen an die Schule steigen, nicht nur auf Grund der großen Diversität der Schülerinnen und Schüler, sondern vor allem, weil die Erwartungen an die Schule seitens der Wirtschaft immer höher werden. Um diese Erwartungen zu erfüllen und im internationalen Wettbewerb bestehen zu können, müssen die Investitionen sowohl in das Lehrpersonal als auch in die Ausstattung und Infrastruktur der Schulen erhöht werden. Das OECD-Mittel wäre ein Richtwert, dem sich das Bildungsbudget annähern müsste.

2 „Vergleichsweise gering sind [...] die Ausgaben an AHS-Unterstufen“ (BMBWF [Hrsg.], Nationaler Bildungsbericht Österreich 2018, Bd. 1, 2019, S. 56).

Halten Sie die Unterdotierung der AHS für gerechtfertigt?

ÖVP Nein, wir halten diese Unterdotierung für nicht gerechtfertigt. Jedes Kind sollte die besten Bedingungen geboten bekommen. Deshalb sollte es auch mehr Geld für die AHS geben.

NEOS Wir fordern hier eine Änderung der Finanzierung: Jeder Schulstandort bekommt sein eigenes Budget in Form einer Pro-Kopf-Finanzierung. Wir fördern die chancengerechte gesellschaftliche Durchmischung in der Schule mit zusätzlichen finanziellen Mitteln („Chancenbonus“) und stärken periphere Schulstandorte.

Die Grünen Der Nationale Bildungsbericht 2018 geht in seiner Analyse der Pro-Kopf-Ausgaben für SchülerInnen auch auf die Gründe der unterschiedlichen Dotierung der Schulformen ein. Zu diesen Faktoren zählen die soziale Segregation, Urbanisierungsgrad und Klassengröße. Auf Grund der Zusammensetzung der SchülerInnenenschaft ergäbe sich auch bei einer Sozialindexierung von Bildungsausgaben ein durchschnittlich niedrigerer Zuweisungsbetrag/Kopf an die AHS.

3 Treten Sie für den Erhalt der gymnasialen Langform oder für die Einführung der Gesamtschule ein?

ÖVP Der Erhalt des Gymnasiums in seiner Langform ist aus unserer Sicht sinnvoll und richtig. Um die individuellen Stärken jedes Kindes zu fördern, braucht es ein differenziertes Schulsystem und dementsprechend ein vielfältiges Angebot an Schulformen. Die Volkspartei steht für Wahlfreiheit und Chancengerechtigkeit. Das heißt, für jeden das Passende und nicht für alle das Gleiche.

NEOS Türschilder und Namen alleine zu verändern, löst keine Probleme in der Bildungspolitik. An ideologischen Grabenkämpfen zur „Gesamtschule“ beteiligen wir uns nicht. Das blockiert nur die dringenden Reformen.

Die Grünen Die Grünen treten für eine gemeinsame Schule der Zehn- bis 14-Jährigen ein. Hier kann besser auf die individuellen Bedürfnisse der SchülerInnen eingegangen werden. Die höhere Flexibilität ermöglicht auch mehr Begabungsförderung. Die frühe Segregation führt nachweislich zu Bildungsungerechtigkeit. Im internationalen Vergleich erfolgt die Segregation in Österreich sehr früh und stellt ein Hemmnis beim Bildungsaufstieg dar.

4 Das Oberstufenrealgymnasium (ORG) ist durch die Umwandlung der Hauptschule in die NMS einerseits und die Zentralmatura andererseits mit kaum zu bewältigenden Aufgaben konfrontiert worden. Welchen Beitrag werden Sie dazu leisten, das ORG zu stärken?

ÖVP Das ORG ist vor allem für AbsolventInnen der Pflichtschule der Weg zu einer allgemeinbildenden Matura. Eine eventuell notwendige Förderung der SchülerInnen kann sich nicht auf die Sekundarstufe I beschränken.

NEOS Auch hier würde das Chancenbonus-Konzept helfen: Schulen mit besonderen Herausforderungen sollen zusätzliches Budget bekommen, damit sie Kinder mit einem niedrigeren Bildungshintergrund fördern. Die Höhe des „Chancenbonus“ für eine Schule soll vom Bildungshintergrund der Eltern abhängig gemacht werden, da dieser für den Bildungsaufstieg der Kinder maßgeblich ist. Schulen und LehrerInnen sollen frei entscheiden können, in welche Maßnahmen das Geld investiert werden soll. Sie sind die Profis vor Ort, die ihre Kinder und die Umstände am besten kennen und damit auch die besten und wirksamsten Maßnahmen festlegen können.

Die Grünen Es ist erfreulich, dass mit der Schaffung der NMS der Anteil an SchülerInnen gestiegen ist, die in eine höhere Ausbildung wechseln können. Lehrkräfte an den ORGs brauchen die nötige Aus-

Weiterbildung für den Unterricht in heterogenen Klassen, Unterstützung durch administratives Personal und eine geeignete moderne Infrastruktur und Ausstattung, um mit der Entwicklung erfolgreich Schritt halten zu können.

5 Disziplinäre Probleme bis hin zu gewalttätigen SchülerInnen belasten den Unterricht in immer höherem Ausmaß. Welche Maßnahmen sind in diesem Zusammenhang notwendig, um LehrerInnen bei ihrem pädagogischen Wirken zu unterstützen?

ÖVP Gewalt an Schulen kommt immer öfter vor und belastet alle betroffenen Personen sowie den Unterrichtsablauf. Bildungsminister a.D. Heinz Faßmann hat im Mai 2019 einen Neun-Punkte-Plan vorgestellt, der neben präventiven Maßnahmen auch die Einrichtung von „Time-out“-Gruppen enthält. Vorgesehen ist, dass erheblich verhaltensauffällige SchülerInnen, die den Unterricht behindern, verpflichtend in eine „Time-out“-Gruppe müssen. Dort sollen Konfliktsituationen aufgearbeitet werden, um die SchülerInnen rasch wieder in den Regelunterricht integrieren zu können. Wir sprechen uns dafür aus, diese und andere Maßnahmen in einer neuen Bundesregierung rasch umzusetzen.

NEOS Hier braucht es eine weisungsfreie Mobbing-Meldestelle, mehr SozialarbeiterInnen und SchulpsychologInnen sowie eine bessere Ausbildung für DirektorInnen. Die LehrerInnen müssen für ihre eigentliche Aufgabe wieder freigespielt werden. Umgekehrt braucht es aber auch eine Möglichkeit, sich von „schwarzen Schafen“ unter den LehrerInnen trennen zu können.

Die Grünen Österreich hat einen deutlichen Nachholbedarf in Sachen Schulsozialarbeit. Auch die Schulpsychologie muss ausgebaut und vor allem langfristig sichergestellt werden. Die bestehende Situation in diesen Bereichen ist durch die Befristungen und Kompetenzersplitterung sehr unübersichtlich. ■

* Der Bundessprecher der Grünen hat das vorgegebene Zeichenlimit massiv überschritten. Im Einladungsschreiben hieß es: „Aus Platzgründen in Summe max. 2000 Zeichen inkl. Leerzeichen; die Redaktion behält sich vor, zu lange Beiträge zu kürzen.“ Die Antworten wurden daher redaktionell auf zirka 2100 Zeichen inklusive Leerzeichen gekürzt.



Prüfungstaxen für den NT 2019 / HT 2020¹

Die folgenden Zahlen dienen der Abrechnung der Reifeprüfung im laufenden Schuljahr (Nebentermine Herbst 2019 und Frühjahr 2020 sowie Haupttermin 2020).

BETREUUNG EINER VORWISSENSCHAFTLICHEN ARBEIT

Dem Lehrer gebührt für die kontinuierliche Betreuung der vorwissenschaftlichen Arbeit im Verlauf der letzten Schulstufe je betreuter Arbeit eine Abgeltung in Höhe von 9,82 von hundert des Referenzbetrages gemäß § 3 Abs. 4 Gehaltsgesetz. Dabei ist der Gehaltsansatz für September des Jahres zugrunde zu legen, in dem das Schuljahr beginnt, in dessen Verlauf die Betreuung stattfindet. **Im Schuljahr 2019/20 sind das 258,65 Euro.**

VORBEREITUNG AUF DIE MÜNDLICHE PRÜFUNG DER TEILZENTRALEN REIFEPRÜFUNG

Der Lehrkraft, die mit der Abhaltung von Unterrichtseinheiten im Rahmen von Arbeitsgruppen zur Vorbereitung auf die mündliche Prüfung der teilzentralen

Reifeprüfung betraut ist, gebührt für **jede gehaltene Unterrichtseinheit** eine Abgeltung in Höhe von 2,5 von hundert des Referenzbetrages gemäß § 3 Abs. 4 Gehaltsgesetz. **Für das Kalenderjahr 2019 sind das 65,85 Euro.** Der neue Wert für 2020 ist bisher noch nicht kundgemacht.

Arbeitsgruppen dürfen pro Prüfungsgebiet der mündlichen Reifeprüfung zum jeweiligen Haupttermin in der Anzahl gebildet werden, die dem Ergebnis der Teilung der Gesamtzahl der im Prüfungsgebiet zu betreuenden Prüfungskandidatinnen und Prüfungskandidaten durch 20, gegebenenfalls aufgerundet auf die nächste ganze Zahl, entspricht. Die Arbeitsgruppen dürfen im Umfang von bis zu vier Unterrichtseinheiten geführt werden. ■

¹ Gemäß Anlage I zum Prüfungstaxengesetz: Prüfungen für mittlere und höhere Schulen (neuen Reifeprüfung)

² Aus Gründen der Lesbarkeit wurde im Text die männliche Form gewählt, selbstverständlich beziehen sich die Angaben auf Angehörige beider Geschlechter.

ABGELTUNG REIFEPRÜFUNG

	Vorsitzender ²	je Teilprüfung	€ 2,20
	Schulleiter (oder vom Schulleiter bestellter Lehrer)	je Teilprüfung	€ 1,80
	Klassenvorstand (oder vom Schulleiter bestellter fachkundiger Lehrer)	je Teilprüfung	€ 1,80
Schriftlich:	Standardisiert	pro Arbeit	€ 12,70
	Nicht standardisiert	pro Arbeit	€ 22,90
	Mündliche Kompensationsprüfung:	Werte analog zur mündlichen Prüfung	
Vorwissenschaftliche Arbeit:	Betreuung	pro Arbeit	€ 258,65
	Korrektur, Präsentation, Diskussion	pro Arbeit	€ 35,30
Mündlich:	Prüfer mündlicher Teil	je Teilprüfung	€ 12,70
	Prüfer praktischer Teil	je Teilprüfung	€ 12,70
	Beisitzer	je Teilprüfung	€ 6,60
	Prüfer bei Bestellung eines zweiten Prüfers anstelle eines Beisitzers (je Prüfer)	je Teilprüfung	€ 9,80

PFLICHTIGE VORPRÜFUNG ZUR REIFEPRÜFUNG (AHS-SONDERFORMEN)

Pro Kandidat:	Vorsitzender	€ 10,20
	Vom Schulleiter bestellter Lehrer	€ 7,60
	Schrifführer	€ 7,60
	Prüfer mündlich	€ 12,70
	Prüfer schriftlich, grafisch, praktisch	€ 22,90

KOMMISSIONELLE PRÜFUNG (BEI WIDERSPRÜCHEN) – BETRIFFT NICHT WIEDERHOLUNGSPRÜFUNGEN

Pro Kandidat:	Vorsitzender, mündlicher Prüfer	€ 5,10
	Prüfer schriftlich	€ 7,60
	Fachkundiger Beisitzer als Schrifführer	€ 4,00

AUFNAHMS- UND EINSTUFUNGSPRÜFUNG

Pro Kandidat:	Vorsitzender	€ 2,50
	Prüfer schriftlich	€ 7,60
	Prüfung mündlich oder praktisch	€ 4,00

EXTERNISTENREIFEPRÜFUNG

Vorprüfung: Pro Schüler	Vorsitzender	je Teilprüfung	€ 10,20
	Vom Schulleiter bestellter Lehrer	je Teilprüfung	€ 7,60
	Schrifführer	je Teilprüfung	€ 7,60
	Prüfer mündlich	je Teilprüfung	€ 12,40
	Prüfer schriftlich/praktisch/grafisch	je Teilprüfung	€ 22,90
Hauptprüfung:	Vorsitzender mit Ausnahme der Berufsreifeprüfung	je Teilprüfung	€ 2,20
	Vorsitzender bei der Berufsreifeprüfung	je Teilprüfung	€ 6,60
	Schulleiter (oder vom Schulleiter bestellter Lehrer)	je Teilprüfung	€ 1,80
	Vom Schulleiter bestellter fachkundiger Lehrer	je Teilprüfung	€ 1,80
	Schrifführer	je Teilprüfung	€ 2,20
Schriftlich:	Standardisiert	pro Arbeit	€ 12,70
	Nicht standardisiert	pro Arbeit	€ 22,90
	Mündliche Kompensationsprüfung:	Werte analog zur mündlichen Prüfung	
Vorwissenschaftliche Arbeit:	Eine Betreuung ist nicht vorgesehen		
	Korrektur, Präsentation, Diskussion	pro Arbeit	€ 35,30
Mündlich:	Prüfer mündlicher Teil	je Teilprüfung	€ 12,70
	Prüfer praktischer Teil	je Teilprüfung	€ 12,70
	Beisitzer	je Teilprüfung	€ 6,60
	Prüfer bei Bestellung eines zweiten Prüfers anstelle eines Beisitzers (je Prüfer)	je Teilprüfung	€ 9,80

Nachruf: HR Mag. Walter Holub (1944–2019), ein Großer unserer Standesvertretung

Mit 21 Erzieher am BK Wien, Sondervertragslehrer, dann Professor für Deutsch und Latein am BGBRG Wien 22, 19 Jahre Direktor am BRG Wien 6; Mitglied des DA, Mitglied und Vorsitzender des FA beim SSRfW, Dienstrechtsreferent, dann Vorsitzender der BS „Höhere Schule“ in der GÖD, stv. Vorsitzender im ZA beim BMUK. Gemeinsamer Nenner dieser 44 Dienstjahre? Wohl der Begriff „Dienst“ in seiner vornehmsten Form: Dienst an jungen Menschen, an Kolleginnen und Kollegen, am Gemeinwohl. In all seinen Funktionen zeigte Walter Holub unermüdlichen Fleiß, profunde pädagogische und rechtliche Kenntnisse sowie eine Hilfsbereitschaft, die

keine politischen Grenzen kannte. Sein Stil waren scharfsinniges Erfassen von Problemen, ausgleichende Bedachtsamkeit und zähe Beharrlichkeit. Seine Kompetenz und Fairness wurden auch auf der anderen Seite der jeweiligen Verhandlungstische respektiert. Verbesserungen bei der Gehaltskurve in den achtziger Jahren tragen ebenso seine Handschrift wie manches an der Reform der AHS-Oberstufe und beim Unterrichtspraktikum für Junglehrer. Wir trauern um einen liebenswerten, klugen und überaus verdienstvollen Freund und Kollegen.

VON HR DR. OSKAR MAYER

Das österreichische Schulrecht

Markus Juranek

Das österreichische Schulrecht

Einführung in die Praxis

Lehrbuch

2. Aufl., 323 Seiten, broschiert

ISBN 978-3-7046-7981-9

Erscheinungsdatum: 18.9.2018

€ 36,00

Preis inkl. gesetzlicher MwSt.

Versandkostenfreie Lieferung in Österreich bei Bestellung auf: www.verlagoesterreich.at

Neu in der 2. Auflage: das große Bildungsreformgesetz 2017 und das Schulgesetzpaket 2018 eingearbeitet

Das österreichische Schulwesen ist ein Großbetrieb, der durch eine Vielzahl rechtlicher Regelungen gesteuert wird. Es gibt kaum jemanden - ob Schulleiter, Klassenlehrer oder Elternvertreter -, der nicht direkt oder indirekt von diesen Regelungen betroffen ist. Trotzdem ist das österreichische Schulrecht bislang eine eher unbekanntere Materie, die sowohl von der Praxis als auch von der Wissenschaft wegen ihrer Komplexität gerne gemieden wird. Dieses Buch bietet Orientierung im Rechtssystem von Schule und Schulverwaltung und liefert praktische Entscheidungshilfen. Es richtet sich insbesondere an: Schulleitung, Lehrkräfte, Lehramtsanwärter, Schulaufsichtsbeamte, Verantwortliche in der Lehrerausbildung und Lehrerfortbildung, Vertreter in Lehrverbänden sowie Elternvertretungen.



Univ.-Doz. DDDr. Markus Juranek MSc ist habilitierter Jurist, Pädagoge und Betriebswirt mit dem Wissenschaftsschwerpunkt Schulverfassung, Schulverwaltung sowie Kinder- und Jugendrecht mit jahrzehntelanger Erfahrung in den verschiedensten Führungsfunktionen der Schulverwaltung.



Tauschurlaub – Gratisurlaub ...

... wenn Sie bereit sind, für den Urlaub Ihr Heim oder Ihren Zweitwohnsitz zu tauschen. Sie wohnen kostenlos. Ihr Heim ist behütet. Tausende Angebote aus Europa und Übersee. Sie finden diese in unserem Internet-Tauschbuch: www.intervac.com.

Nützen Sie für 7 Tage unverbindlich unser kostenloses Probierangebot.

INTERVAC AUSTRIA

OSR HSDir i. R. Johann Winkler
 Pestalozzistraße 5
 9100 Völkermarkt
 Tel.: 0677/61 18 79 16
 E-Mail: winkler@intervac.at

ÖFFENTLICHES MEDIUM
 Dieses Medium liest der



»OBSERVER«
 Medienbeobachtung & Analyse
www.observer.at

Bitte geben Sie zur Erhaltung Ihrer Ansprüche

ÄNDERUNGEN IHRER ADRESSE, IHRES NAMENS ODER KARENZURLAUBE

möglichst rasch unserem Büro bekannt.

Adresse: AHS-Gewerkschaft, Lackierergasse 7, 1090 Wien
 Bei Karenzurlauben bitten wir um Angabe der Art (bezahlt oder unbezahlt), der voraussichtlichen Dauer und des voraussichtlichen Geburtstermines.

Service für unsere Mitglieder

HABEN SIE FRAGEN? BRAUCHEN SIE HILFE?

Tel.: 01/405 61 48, Fax: 01/403 94 88, E-Mail: office.ahs@goed.at

In allen dienst- und besoldungsrechtlichen Angelegenheiten beraten wir Sie gern oder suchen für Sie eine Lösung! Anfragen können nur unter Angabe der Mitgliedsnummer behandelt werden!

Adresse: AHS-Gewerkschaft, Lackierergasse 7, 1090 Wien



Besoldungsreform 2019

Der EuGH hat am 8. Mai 2019 in zwei Urteilen festgehalten, dass unser Besoldungs- und Vorrückungssystem gegen Europarecht verstößt – unter anderem deshalb, weil Altersdiskriminierung vorliege.

In diesem Zusammenhang möchte ich einen weit verbreiteten Irrtum aufklären: Gewinnt man vor dem EuGH, heißt das noch lange nicht, dass man mehr Geld bekommt. Der „Sieg“ kann sogar zu deutlichen finanziellen Verlusten führen. Der EuGH betont lediglich, dass diskriminierten Personen die gleichen Vorteile (z. B. in Hinblick auf die Anrechnung von Vordienstzeiten, die Vorrückung in höhere Gehaltsstufen etc.) wie den begünstigten gewährt werden müssen, solange keine europarechtskonforme Gesetzeslage geschaffen wird. Aus diesem Grund hat es der Gesetzgeber nach jedem solchen EuGH-Urteil sehr eilig, die Rechtslage zu ändern, die, solange sie europarechtskonform ist, zu (teilweise beachtlichen) Verlusten führen kann – auch für die vermeintlichen „SiegerInnen“ vor dem EuGH. Denn ein inländisches Gericht, das aufgrund der EuGH-Urteile zu entscheiden hat, urteilt immer nach der jeweils aktuellen Rechtslage. Ursprünglich wollte die Dienstgeberseite das „ÖBB-Modell“ umsetzen. Dort wurden alle Bediensteten völlig neu eingestuft. Manche gewannen, manche verloren. Die Verlierer bekamen zwar weiterhin ihren bisherigen Lohn, der Zeitraum bis zur nächsten Vorrückung wurde jedoch teilweise erheblich verlängert, was zu signifikanten Verlusten in der Lebensver-

dienstsumme führt. Ein Bediensteter der ÖBB klagte dagegen und verlor vor dem EuGH.

Im Mai sah es daher nach teilweise sehr hohen Verlusten für viele Bedienstete aus. Zu guter Letzt konnte die GÖD jedoch ihre berechtigten Forderungen durchsetzen: **Die durch das alte System diskriminierten KollegInnen werden entschädigt, und niemand erleidet durch die Besoldungsreform 2019 Verluste in der Lebensverdienstsumme.**

WER IST BETROFFEN?

Rund 30 Prozent der Bundesbediensteten und LandeslehrerInnen sind von der Besoldungsreform 2019 gar nicht betroffen. Es handelt sich dabei um Personen, deren Vorrückungstichtag oder deren Besoldungsdienstalter (BDA) erstmalig bereits unter Berücksichtigung von Vordienstzeiten, die vor dem 18. Geburtstag liegen, ermittelt worden ist.

Bei Personen, die aufgrund der Einbringung eines Antrags oder einer Klage ein Verfahren laufen haben, erfolgt die Neufestsetzung im Rahmen dieser Verfahren.

Bei den meisten anderen Personen erfolgt eine Neufestsetzung des BDA amtswegig. Es sind solche,

- die sich am 8. Juli 2019 im Dienststand befunden haben **und**



- die im Rahmen der Besoldungsreform 2015 ins neue System übergeleitet wurden **und**
- deren erstmalige Festsetzung des Vorrückungstichtags unter Ausschluss von Vordienstzeiten vor dem 18. Geburtstag erfolgte.

Allfällig sich daraus ergebende Ansprüche werden ab dem 1. Mai 2016 nachgezahlt.

Von der amtswegigen Neufestsetzung nicht erfasst sind lediglich vier Gruppen von Personen, wobei die erste Gruppe die mit Abstand größte ist. Die anderen sind verschwindend klein, weshalb ich hier nur die erste Gruppe nenne. (Nähere Informationen und Antragsformulare finden Sie auf der GÖD-Website unter www.goed.at/aktuelles/news/vordienstzeiten2019/.)

Auf Antrag erfolgt eine **Neufestsetzung des BDA** bei Personen,

- die sich am 8. Juli 2019 nicht im Dienststand befunden haben **und**
- auf die die beiden anderen oben genannten Voraussetzungen zutreffen **und**
- deren allfällige Ansprüche noch nicht verjährt sind.

In diese Gruppe fallen etwa **Personen, die innerhalb der dreijährigen Verjährungsfrist in den Ruhestand getreten oder in Pension gegangen bzw. aus anderen Gründen aus dem aktiven Dienst ausgeschieden sind**. Eine sich allfällig ergebende Nachzahlung erfolgt rückwirkend drei Jahre ab dem Datum der Antragstellung.

WIE ERFOLGT DIE NEUFESTSETZUNG DES BDA?

Die Neufestsetzung des BDA erfolgt nach Ermittlung des Vergleichsstichtags. Das BDA erhöht sich um den zwischen dem Vergleichsstichtag und dem Vorrückungstichtag liegenden Zeitraum, wenn der Ver-

gleichsstichtag vor dem Vorrückungstichtag liegt. Für den Vergleich ist der letzte Vorrückungstichtag maßgebend, der unter Ausschluss der vor Vollendung des 18. Lebensjahres zurückgelegten Zeiten festgesetzt wurde.

Der Vergleichsstichtag wird, vereinfacht gesagt, nach der Gesetzeslage ermittelt, die zum Zeitpunkt der Ermittlung des Vorrückungstichtags gegolten hat – mit einigen Abweichungen. Für den AHS-Bereich am wichtigsten:

- Die zwölfte Schulstufe (1. September bis 30. Juni) wird als Vordienstzeit berücksichtigt. Wenn die schulrechtlichen Vorschriften eine Regelstudien-dauer von mehr als zwölf Schulstufen vorsehen, so verlängert sich der voranzustellende Zeitraum für jede weitere Schulstufe um ein Jahr.
- Sonstige Zeiten, die bis zum Höchstausmaß von drei Jahren zur Hälfte zu berücksichtigen waren, sind nun bis zum Höchstausmaß von sieben Jahren zur Hälfte zu berücksichtigen.

Die zur Hälfte zu berücksichtigenden sonstigen Zeiten sind bei der Ermittlung des Vergleichsstichtags nur insoweit voranzustellen, als sie das Ausmaß von vier zur Hälfte zu berücksichtigenden Jahren übersteigen. Bei allen anderen Vordienstzeiten ist von entschiedener Sache auszugehen.

SCHRIFTLICHE MITTEILUNG

Vor der Neufestsetzung des BDA ist den Bediensteten das vorläufige Ergebnis der Ermittlungen aufgrund der Aktenlage schriftlich mitzuteilen. Binnen sechs Monaten können allfällige weitere Zeiten geltend gemacht und die erforderlichen Nachweise erbracht werden. Eine spätere Reklamation ist ausgeschlossen. ■

MAG. GUDRUN PENNITZ
CHEFREDAKTEURIN
gudrun.pennitz@my.goed.at



TALIS 2018 – ein schulpolitischer Handlungsauftrag

Alle fünf Jahre erscheint die von der OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development) durchgeführte internationale Studie TALIS (The OECD Teaching and Learning International Survey), in der Lehrkräfte und SchulleiterInnen zu Arbeitssituation und Lernumgebung an ihren Schulen befragt werden.

Ziel dieses Unterfangens ist es, durch einen groß angelegten Vergleich unter 260.000 LehrerInnen in 15.000 Schulen über 48 Länder hinweg Hilfestellung zu bieten, um diverse Herausforderungen besser meistern zu können.¹

Österreich nahm aus bekannten Gründen 2013 an TALIS nicht teil. Nun liegen aber die Ergebnisse von TALIS 2018 vor und lesen sich spannend wie ein Krimi.

SUPPORT

Nachdem durch TALIS 2008 publik geworden war, dass Österreich beim Supportpersonal den beschämenden letzten Platz einnahm, beschloss man im Bildungsministerium unter Ministerin Schmid, sich der nächsten Umfrage nicht zu stellen. Auch das ist eine Möglichkeit, mit besonderen Herausforderungen umzugehen.

Doch nun liegen uns die Ergebnisse von TALIS 2018 vor, die unsere Vermutungen bestätigen: Österreich

belegt sowohl beim pädagogischen als auch beim administrativen Supportpersonal unter allen Staaten den LETZTEN Platz.

„Im Schnitt der EU-Vergleichsländer kommt auf acht Lehrkräfte eine pädagogisch unterstützende Kraft und auf sieben Lehrkräfte eine administrative Kraft (Schuladministrationspersonal bzw. Schulmanagementpersonal). [...] In Österreich liegen die Verhältnisse bedeutend (und signifikant) höher. Auf durchschnittliche 19 Lehrkräfte kommt hierzulande durchschnittlich eine pädagogische Kraft. [...] Auf durchschnittlich 15 Lehrkräfte entfällt in Österreich durchschnittlich eine administrative Kraft.“²

Doch damit nicht genug:

„Beim administrativen Personal ist Österreich der alleinige Ausreißer und beim pädagogisch unterstützenden Personal verfügt nur Belgiens Schulsystem über so wenig professionellen Support wie Österreich. Vom EU-Durchschnitt ist man auf beiden Dimensio-

Verhältnisse in der Personalstruktur der Schulen der Sekundarstufe I im EU-Vergleich

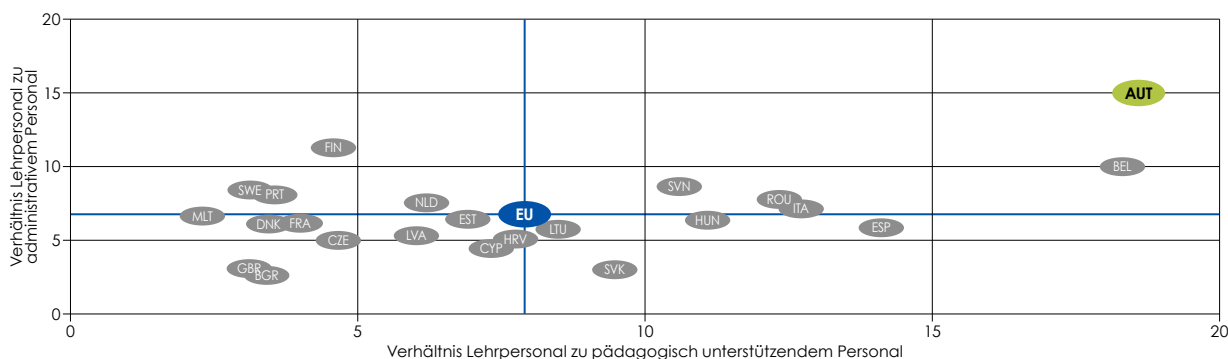
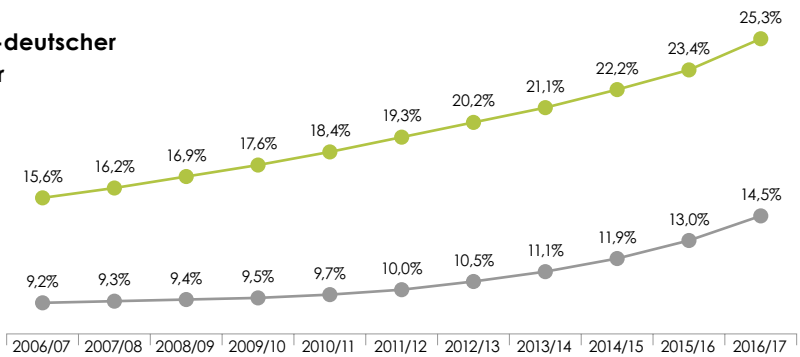


FOTO: PHOTONEWS.AT/GEORGES SCHNEIDER

Entwicklung Schüler/-innen mit nicht-deutscher Umgangssprache bzw. ausländischer Staatsangehörigkeit

- Anteil der Schüler/-innen mit nicht-deutscher Umgangssprache
- Ausländer/-innen-Anteil



ÖIF (Hrsg.), „Jahresrückblick: Integration und Asyl 2017“ (Dezember 2017), S. 8

nen weit entfernt. Diese Situation ist insbesondere im Hinblick auf die zunehmende Heterogenität in der Zusammensetzung der Schülerschaft und den damit veränderten pädagogischen Ausgangslagen problematisch.“³

Die HerausgeberInnen finden hier klare Worte. Die „zunehmende Heterogenität“ und ihre damit einhergehende Zuspitzung der Probleme an den hiesigen Schulen sind in Zusammenhang mit einem viel zu geringen Angebot an Unterstützung eine der allergrößten Herausforderungen, denen sich die Politik der kommenden Jahre stellen müssen. Was es heißt, in dringenden Fällen auf eine unterstützende Fachkraft aus Psychologie, Sozialarbeit oder Logopädie tage- bis wochenlang warten zu müssen, spüren Österreichs LehrerInnen vor allem auch an den Gymnasien am eigenen Leib, und es erschwert ihre Arbeit enorm. Auch SchulleiterInnen klagen zu Recht über eine deutliche Mehrbelastung durch ständig hinzukommende neue Aufgaben im Rahmen des Autonomiepakets. Bereits 2016 wies die OECD auf die schwierige Situation der SchulleiterInnen hin.

„The lack of administrative support staff will make it difficult to give schools greater autonomy as this implies more tasks and responsibilities for school leaders.“⁴

Anteil der Schulleitungen, die den Unterricht „quite a bit“ oder „a lot“ durch den Mangel an Supportpersonal behindert bezeichnen (Stand: 2018)

Niederlande	5,1 %
Schweden	8,9 %
England	14,8 %
Finnland	24,9 %
OECD-Mittelwert	32,6 %
Estland	40,1 %
Frankreich	45,6 %
Österreich	46,6 %

OECD (Hrsg.), TALIS 2018 Results. Volume I (2019), Table 1.3.63
Anm.: Von der auf www.bildungswissenschaft.at üblichen Länderauswahl fehlt Deutschland, weil keine Daten vorliegen.
www.bildungswissenschaft.at

MIGRATION

„Österreich wird im internationalen Report zu TALIS 2018 als eines der sieben OECD-Länder mit den meisten Lehrerinnen und Lehrern, die in Klassen mit mehr als 10 % Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund arbeiten, genannt.“⁵

Die Brisanz der TALIS-Studie für die österreichische Schulpolitik offenbart sich nicht nur betreffs Supportpersonal, sondern in jedem einzelnen Kapitel. Ein kurzer Blick auf die nun vorliegenden neuesten Daten zum Thema „Migration“ genügt, um Österreichs besondere Situation und den enormen integrationspolitischen Handlungsbedarf erneut erwiesen zu sehen. Viel zu spät hat sich Österreichs Politik ihm leider gestellt – zu Lasten der betroffenen SchülerInnen, denen Bildungschancen geraubt werden, und zu Lasten der LehrerInnen, die mit dieser Aufgabe allein gelassen werden.

„Im Vergleich von 2008 und 2018 zeigt sich, dass der Anteil an Lehrkräften, die in Schulen unterrichten, an denen es laut Schulleiterangaben mehr als 10 % Schüler/innen mit einer anderen Erstsprache als der Unterrichtssprache gibt, statistisch signifikant von 39 % im Jahr 2008 auf 51 % im Jahr 2018 gestiegen ist.“⁶ Im OECD-Durchschnitt betrug der Anteil 2018 nur 21 Prozent.⁷ „Es zeigt sich durchwegs das Muster, dass in Klassen mit einem höheren Anteil an Schülerinnen und Schülern mit anderer Erstsprache, Migrations- oder Fluchthintergrund bzw. aus sozioökonomisch benachteiligten Elternhäusern die Zeit, die für tatsächliches Lehren und Lernen verwendet wird, geringer ausfällt. Dies trifft nicht nur auf Österreich zu, sondern auch auf Alberta (Kanada), Australien, England, Belgien, Frankreich, Saudi-Arabien, Südafrika und die USA.“⁸

¹ Vgl. <http://www.oecd.org/education/school/participantsinthetalisurvey2018.htm>.
² BIFIE (Hrsg.), TALIS 2018. Band 1 (2019), S. 26.
³ BIFIE (Hrsg.), TALIS 2018. Band 1 (2019), S. 38.
⁴ OECD (Hrsg.), OECD Reviews of School Resources – Austria (2016), S. 187.
⁵ BIFIE (Hrsg.), TALIS 2018. Band 1 (2019), S. 28.
⁶ BIFIE (Hrsg.), TALIS 2018. Band 1 (2019), S. 86.
⁷ OECD (Hrsg.), TALIS 2018 Results. Volume I (2019), S. 83.
⁸ BIFIE (Hrsg.), TALIS 2018. Band 1 (2019), S. 87.

DISZIPLIN

Immer mehr Erziehungsaufgaben werden auf die Schule abgewälzt. Die damit einhergehenden Belastungsfaktoren, wie Disziplinlosigkeit und Aggression im Schulalltag, wurden schon durch zahlreiche Studien belegt und finden vermehrt Eingang in Medienberichte. Auch TALIS 2018 liefert in diesem Bereich allen, die es wissen wollen und sollten, besorgniserregende Fakten:

„Die Aufrechterhaltung der Unterrichtsdisziplin wird von Österreichs Lehrerinnen und Lehrern 2018 im Vergleich zu 2008 als signifikant schwieriger beschrieben. 2018 geben signifikant mehr Lehrpersonen an, am Beginn der Stunde lang warten zu müssen, bis sich die Schüler/innen beruhigen bzw. dass sie viel Zeit wegen Unterbrechungen verlieren.“⁹

Interessant liest sich Österreichs Schulentwicklung bezüglich des Sozialverhaltens der SchülerInnen zwischen TALIS 2008 und TALIS 2018, da durch die Nicht-Teilnahme an TALIS 2013 eine recht große Beobachtungslücke entstand:

„2018 geben um 4 Prozentpunkte weniger Lehrpersonen an, dass sich die Schüler/innen bemühen, eine angenehme Lernatmosphäre herzustellen. Interessant erscheinen auch die Ergebnisse bezüglich der Zeit, die aufgrund von Unterbrechungen verloren geht, bzw. der Lautstärke in der Klasse: Während 2008 23 % der befragten Lehrpersonen angeben, ziemlich viel Zeit zu verlieren, weil SchülerInnen die Stunde unterbrechen, geben dies 2018 um 4 Prozentpunkte mehr Lehrpersonen in Österreich an. Auch stimmen in Österreich 2018 um 3 Prozentpunkte mehr Lehrpersonen der Aussage ‚In der Klasse ist es sehr laut‘ eher bzw. ganz zu als 2008.“¹⁰

Was hier vorsichtig mit dem „Bemühen um eine angenehme Lernatmosphäre“ umschrieben wird, bedeutet nichts anderes, als dass mehr und mehr wertvolle Unterrichtszeit durch Disziplinlosigkeit in den Klassen verloren geht. Die durchschnittliche Zeit, die die Lehrkräfte in Österreich mit tatsächlichem Lehren und Lernen verbringen, ist laut TALIS 2018 von 79 Prozent auf 77 Prozent gesunken.¹¹

Die Autorinnen des BIFIE-Berichts zu TALIS mahnen folgerichtig:

„Ein positives Schul- oder Unterrichtsklima wirkt sich nicht nur auf das Wohlbefinden der Schüler/innen und deren Lernerfolg aus, sondern auch auf die Wirksamkeit der Unterrichtenden, das Selbstvertrauen und das Engagement der Lehrenden in der Schule und im Unterricht. Die Unterrichtsdisziplin hat Einfluss auf das Schul- und Unterrichtsklima, insbesondere auf das Element der emotionalen und physischen Sicherheit.“¹²

TALIS fordert neue Formen der Kommunikation mit

den Familien ein, einen „gemeinsamen Minimalkonsens an Verhaltensmaßregeln für alle Beteiligten“:

„Vor allem [...] scheinen neue Formen der Kooperation mit den Familien notwendig, wie in der einschlägigen Forschung seit Längerem thematisiert. Dabei geht es auch um die Erarbeitung, Vereinbarung und wechselseitige Akzeptanz von Regeln und gegenseitigen Erwartungen. Ein gemeinsamer Minimalkonsens an Verhaltensmaßregeln für alle Beteiligten, der klar kommuniziert, transparent und mit Konsequenzen verbunden ist, bedarf eines gesamtgesellschaftlichen Prozesses.“¹³

LEHRER/INNEN-NACHWUCHS

Ein weiterer „heikler Punkt“, auf den TALIS hinweist, betrifft die Tatsache, dass 44 Prozent der Lehrkräfte Österreichs 50 Jahre oder älter sind und sich in den kommenden Jahren ein immer größerer Bedarf an neuen Lehrkräften ergibt:

„44 % of teachers in Austria are aged 50 and above (OECD average 34 %). This means that Austria will have to renew about three of seven members of its teaching workforce over the next decade or so.“¹⁴

Für ausreichenden, bestgeeigneten und solide ausgebildeten LehrerInnen-Nachwuchs ist also rechtzeitig zu sorgen. Mahnendes Beispiel, wie man es offenbar nicht angehen sollte, sind dabei Länder wie Australien oder Großbritannien, aber auch die USA, deren völlig unbegleitete Anfangsjahre die jungen Kolleginnen binnen weniger Jahre in Scharen die Flucht ergreifen lassen:

„In Australia, 30 % to 50 % of all teachers leave the profession in the first five years. In the United Kingdom, attrition rates are even higher, with 50 % of teachers leaving the profession within five years after graduation.“¹⁵ Laut PISA 2015 und dessen Kontextdaten hängen 25 Prozent der JunglehrerInnen in den USA ihren Beruf während der ersten drei Jahre an den Nagel, nach fünf Jahren sind es bereits 40 Prozent.¹⁶

Um den drohenden Lehrermangel in Österreich von vornherein zu verhindern und dafür nicht zuletzt den Berufseinstieg für NachwuchsteilnehmerInnen zu lassen, bedarf es größter Weitsicht von seiten der Politik. Die Abschaffung des Unterrichtspraktikums zeugt leider vom Gegenteil.

TALIS weiß:

„High-performing systems have developed both an efficient workforce and an economically attractive profession, factors that work together to attract quality candidates to the ranks of future generations of teachers. The challenge for policy makers is to understand how to initiate this positive spiral of change.“¹⁷

„Most importantly, the working conditions, support and early professional development that novice teachers experience in their first years are impor-

tant elements in helping them to confirm their career choice and remain in the teaching profession.“¹⁸
 Es liest sich wie ein Mantra: Arbeitsbedingungen, Unterstützung und eine gute Ausbildung sind unerlässlich.

FORTBILDUNG

Das Bild der faulen PädagogInnen, die ihren Halbtagsjob nebenher erledigen und dabei jahrzehntelang immer dasselbe unterrichten, hat sich in den Köpfen der Bevölkerung leider fest verankert. Umso wichtiger sind Datensätze wie die folgenden aus der TALIS-Studie, die dem Engagement der österreichischen LehrerInnen ein hervorragendes Zeugnis ausstellen. Bei der Fortbildung liegen sie zum Beispiel nämlich im internationalen Spitzenfeld:

„Der Lehrerfragebogen enthält die Frage, ob Lehrer/innen an bestimmten Fortbildungsaktivitäten in den letzten 12 Monaten teilgenommen haben, wodurch der Zeitraum zwischen Frühjahr 2017 und 2018 betroffen ist. [...] Rund 9 von 10 österreichischen Lehrerinnen und Lehrern haben persönlich an Kursen/Seminaren teilgenommen (92 %). Im EU-Schnitt sind es um 15 Prozentpunkte signifikant weniger. [...] Am zweithäufigsten erweist sich das Lesen von Fachliteratur – 88 % aller österreichischen Lehrer/innen haben dies in den letzten 12 Monaten getan, im Vergleich zu 71 % im Schnitt der EU-Länder.“¹⁹

Schulinterne LehrerInnenfortbildung ist in Österreich eine Selbstverständlichkeit für Lehrkräfte und DirektorInnen:

„Taking part in some kind of in-service training is commonplace among teachers and principals in Austria, with 99 % of teachers (OECD average 94 %) and 100 % of principals (OECD average 99%) attending at least one professional development activity in the year prior to the survey.“²⁰

„In Australia, Austria, Latvia, Lithuania, Singapore and Slovenia, over 90 % of teachers participate in ‚courses/seminars attended in person‘, while less than or equal to 50 % of teachers do so in France, Japan and Romania.“²¹

Anteil der LehrerInnen, die in den letzten 12 Monaten an Fortbildungsseminaren teilgenommen haben

Österreich	92%
EU-Durchschnitt	77%

BIFIE (Hrsg.), TALIS 2018. Band 1 (2019), Tabelle A3.1

Anteil der LehrerInnen, die in den letzten 12 Monaten Fachliteratur gelesen haben

Österreich	88%
EU-Durchschnitt	71%

BIFIE (Hrsg.), TALIS 2018. Band 1 (2019), Tabelle A3.1

IMAGE

„Wie die TALIS-Studie zeigt, haben Österreichs Lehrkräfte derzeit mehrheitlich leider nicht das Gefühl, dass ihr Beruf in der Gesellschaft geschätzt wird.“²²

Nüchtern er lässt sich nicht mehr in Worte fassen, was politische Aggression und Medien, die bevorzugt während der Sommermonate Neiddebatten auslösen, in den letzten Jahrzehnten an Imageschaden für Österreichs PädagogInnen angerichtet haben.

Neueste Lehrerbelastungsstudien wie die von Mag. Dr. Jörg Spenger²³ weisen ebenfalls darauf hin, dass sich mangelnde Wertschätzung für unseren hochwertigen Beruf negativ auf Körper und Seele auswirkt: „Ein besonders großer Belastungsfaktor dürfte das wahrgenommene, mangelnde Prestige der Lehrkräfte in der Gesellschaft sein, verbunden mit einem Schlechtmachen in den Medien (Stichwort: ‚Lehrerbashing‘) und auch der nicht selten geäußerten Kritik seitens der Politik (Stichwort: ‚Dienstag-Mittag bin ich fertig‘, Wiens ehemaliger Bürgermeister Häupl) bzw. sogenannter Schul- und Bildungsexpertinnen und -experten, denen man oftmals diese Expertise nicht zuschreibt.“²⁴

Anteil der LehrerInnen der Sekundarstufe I, die sich von der Gesellschaft wertgeschätzt fühlen

(Stand: 2018)

Südkorea	67,0%
Finnland	58,2%
OECD-Mittelwert	25,8%
Österreich	16,1%

OECD (Hrsg.), TALIS 2018 Results. Volume I (2019), Table I.4.34

Tatsachen ins Auge zu schauen steht am Beginn einer verantwortungsvollen Politik. An schulpolitischem Handlungsbedarf gibt es mehr als genug, wie TALIS 2018 bewiesen hat. ■

⁹ BIFIE (Hrsg.), TALIS 2018. Band 1 (2019), S. 66.

¹⁰ BIFIE (Hrsg.), TALIS 2018. Band 1 (2019), S. 62.

¹¹ Vgl. ebd., S. 87.

¹² BIFIE (Hrsg.), TALIS 2018. Band 1 (2019), S. 61.

¹³ Ebd., S. 38.

¹⁴ OECD (Hrsg.), Results from TALIS 2018. Country Note Austria (2019), S. 1.

¹⁵ OECD (Hrsg.), TALIS 2018 Results. Volume I (2019), S. 41.

¹⁶ Vgl. Dr. Tarek Mostafa u. a., Science Teachers' Satisfaction: Evidence from the PISA 2015 Teacher Survey (2018), S. 8.

¹⁷ OECD (Hrsg.), TALIS 2018 Results. Volume I (2019), S. 123.

¹⁸ Ebd., S. 137.

¹⁹ BIFIE (Hrsg.), TALIS 2018. Band 1 (2019), S. 43.

²⁰ OECD (Hrsg.), Results from TALIS 2018. Country Note Austria (2019), S. 3.

²¹ OECD (Hrsg.), TALIS 2018 Results. Volume I (2019), S. 158.

²² BIFIE (Hrsg.), TALIS 2018. Band 1 (2019), S. 38.

²³ Siehe auch meinen Beitrag „LehrerInnen unter Druck“, in: „gymnasium“ 4/19, S. 16 ff.

²⁴ Mag. Dr. Jörg Spenger u. a., Under pressure. Berufsvollzugsprobleme und Belastungen von Lehrpersonen. Eine empirische Studie. (2019), S. 47.



Auszeichnungen und Ernennungen

DER BUNDESPRÄSIDENT HAT ERNANNT:	
ZUR DIREKTORIN	
Mag. ^a Gabriele Jauck	Prov. Leiterin des BG/BRG Zell am See
DER BUNDESPRÄSIDENT HAT VERLIEHEN:	
DEN TITEL HOFRÄTIN/HOFRAT	
ÖStR Dir. Mag. Helmut Abl	BG Bludenz
LSI Mag. ^a Vera Aue	Schulqualitätsmanagerin, Bereich der Bildungsdirektion für Wien, Wien I
Dir. Mag. Markus Germann	BG Dornbirn
Dir. Mag. Gottfried Jachs	BRG Linz, Aubrunnerweg
DER BUNDESPRÄSIDENT HAT WEITERS VERLIEHEN:	
DEN TITEL OBERSTUDIENRÄTIN/OBERSTUDIENRAT	
Prof. Mag. ^a Angela Bachlechner	BRG Innsbruck, Adolf-Pichler-Platz
Prof. Mag. ^a Brigitte Berauer	Wiku RG der Ursulinen in Innsbruck, Fürstenweg
Prof. Mag. ^a Ilse Doppler	BG/BRG Graz, Carnerigasse
Prof. Mag. ^a Doris Fabrizi	Wiku RG der Ursulinen in Innsbruck, Fürstenweg
Prof. Mag. ^a Hannelore Frick-Elmer	Wiku RG der Ursulinen in Innsbruck, Fürstenweg
Prof. Mag. ^a Mathilde Gebert	BG/BRG/BORG Oberpullendorf
Prof. Mag. ^a et Dr. ⁱⁿ Eva-Maria Gergely	BG/BRG Judenburg
Prof. Mag. ^a Michaela Germann	BG Lustenau
Prof. Mag. ^a Susanne Grübler	Bischöfliches RG/ORG St. Ursula der Diözese Gurk, Klagenfurt
Prof. Mag. Stefan Haas	G/ARG des Stiftes Stams Meinhardinum Stams
Prof. Mag. ^a Gabriele Haider	BG/BRG Zwettl
Prof. Mag. Johann Haider-Feuchtenhofer, MA	BORG Ternitz
Prof. Mag. ^a Ulrike Haslwanger	BRG/BORG Telfs
Prof. Mag. ^a Monika Huber	Wiku RG der Ursulinen in Innsbruck, Fürstenweg
Prof. Mag. Walter Kaiserseder	BRG Linz, Landwiedstraße
Prof. Mag. ^a Margarete Kattinig-Wendl	Bischöfliches RG/ORG St. Ursula der Diözese Gurk, Klagenfurt
Prof. Mag. Erich Kerzendorfer	BG/BRG in St. Pölten, Josefstraße
Prof. Mag. Andreas Kreuzer	BG/BRG/Wiku BRG Wien XXI, Ödenburger Straße

Prof. Mag. ^a Maria-Luise Lahmer	BG/BRG/Wiku BRG Wien XXI, Ödenburger Straße
Prof. Mag. Christian Lampel	BG/BRG Villach
Prof. Mag. ^a Monika Lener	G/ARG des Stiftes Stams Meinhardinum Stams
Prof. Mag. Christian Mooslechner	BRG Linz, Landwiedstraße
Prof. Mag. ^a Evelyn Nuener	Bischöfliches Gymnasium Paulinum, Schwaz
Prof. Mag. ^a Hildegard Otto	BG/BRG Villach
Prof. Mag. ^a Silvia Salcher	BG/BRG Wien III, Boerhaavegasse
Prof. Mag. ^a Birgit Samer	PriG Oberschützen
Prof. Mag. ^a Beate Scheffknecht	BG Bregenz, Blumenstraße
Prof. Mag. Josef Schönegger	BRG Waidhofen an der Ybbs
Prof. Mag. ^a Ingrid Schranz	BG/BRG Wien III, Boerhaavegasse
Prof. Mag. ^a Verena Simoni, MA	BRG Innsbruck, Adolf-Pichler-Platz
Prof. Mag. Franz Stangl	BG/BRG/BORG Oberschützen
Prof. Mag. Johann Steinkellner	BG/BRG/BORG Oberpullendorf
Prof. Mag. Karlheinz Ströhle	Wiku RG der Ursulinen in Innsbruck, Fürstenweg
Prof. Mag. ^a Dagmar Stücklschwaiger	BG/BRG Graz, Carnerigasse
Prof. Mag. ^a et Dr. ⁱⁿ Eva-Maria Verhnjak-Pikalo	BG/BRG Völkermarkt
Prof. Mag. Helmut Vith	BG Bregenz, Gallusstraße
Prof. Mag. Hartmut Vogl	BORG Götzis
Prof. Mag. ^a Brigitte Waldhart	BRG/BORG Telfs
Prof. Mag. Ewald Weinhandel	BORG Graz, Monsbergergasse
DEN TITEL OBERSCHULRÄTIN	
FOL Dipl.-Päd. ⁱⁿ Theresia Schmall	PriG Oberschützen

DIE BUNDESMINISTERIN FÜR BILDUNG, WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG HAT BESTELLT:	
ZUR DIREKTORIN / ZUM DIREKTOR	
Prof. Mag. Michael Ableidinger	Prov. Leiter des BG/BAG/BARG Horn
Prof. Mag. ^a Barbara Fallt	Prov. Leiterin des BORG Krems an der Donau
DIE BUNDESLEITUNG GRATULIERT IHREN MITGLIEDERN!	

MAG. GERHARD RIEGLER
MITGLIED DER
BUNDESLEITUNG
gerhard.riegler@goed.at



Nach der Präsentation der OECD-Studie „Education at a Glance“ geisterte durch Österreichs Medien die Behauptung, Österreich habe ein teures Schulwesen. Manchem schien nicht einmal die Unterscheidung zwischen Schul- und Bildungsbudget zu gelingen.

Gesamtausgaben für das Bildungswesen als Anteil am BIP

In den meisten Staaten der OECD wurde die Summe aller finanziellen Mittel, die dem Bildungswesen (von Kinderkrippen bis zu Universitäten) zur Verfügung gestellt werden, seit der Jahrtausendwende in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) vergrößert, in Österreich aber um ein Zehntel verkleinert.

	1999	2016
Schweden	6,7%	7,3%
Finnland	5,8%	6,8%
Großbritannien	5,2%	6,6%
OECD-Durchschnitt	5,5%	5,8%
Österreich	6,3%	5,6%
Deutschland	5,6%	5,1%

OECD (Hrsg.), Education at a Glance 2002 (2002), Table B2.1c; OECD (Hrsg.), Education at a Glance 2019 (2019), Table B2.4. + Table C2.1.

Öffentliche Ausgaben für das tertiäre Bildungswesen als Anteil am BIP

Kein anderes EU-Land verwendet einen so großen Teil seiner Bildungsausgaben für das tertiäre Bildungswesen wie Österreich. Auch gemessen am BIP sind Österreichs Investitionen in das tertiäre Bildungswesen mit 1,6 Prozent EU-weit am größten.

	1999	2016
Österreich	1,4%	1,6%
Finnland	1,8%	1,6%
Schweden	1,5%	1,4%
Deutschland	1,0%	1,0%
OECD-Mittelwert	1,0%	0,9%
Großbritannien	0,8%	0,6%

OECD (Hrsg.), Education at a Glance 2002 (2002), Table B2.1b; OECD (Hrsg.), Education at a Glance 2019 (2019), Figure C2.2.

Gesamtausgaben für das Schulwesen als Anteil am BIP

Die finanziellen Mittel, die Österreichs Schulen zur Verfügung gestellt werden, wurden seit der Jahrtausendwende in Relation zum BIP um ein Viertel verkleinert. Auf den OECD-Mittelwert fehlen Österreichs Schulwesen 1,1 Milliarden Euro pro Jahr.

	1999	2016
Großbritannien	3,7%	4,4%
Finnland	3,6%	3,9%
Schweden	4,4%	3,8%
OECD-Mittelwert	3,6%	3,4%
Österreich	4,2%	3,1%
Deutschland	3,7%	3,0%

OECD (Hrsg.), Education at a Glance 2002 (2002), Table B2.1b; 2016: OECD (Hrsg.), Education at a Glance 2019 (2019), Figure C2.1.

MAG. HERBERT WEISS
VORSITZENDER DER
AHS-GEWERKSCHAFT
 herbert.weiss@goed.at

Rückkehr zu einer evidenzbasierten Bildungspolitik?

Die Nationalratswahlen sind endlich geschlagen. Wieder einmal sieht das Ergebnis anders aus, als es die Meinungsumfragen erwarten ließen. Meine Einschätzung zum Zeitpunkt der Drucklegung dieser Zeitung: Die Regierungsbildung wird schwierig, die Situation noch länger spannend bleiben.

Auch im Bildungsbereich werden die Karten neu gemischt. Vor der Wahl haben Bildungsthemen nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Das wird sich während der Regierungsverhandlungen wohl ändern. Und meines Erachtens sollte sich das auch ändern. Alle Parteien müssen endlich einsehen, dass das österreichische Schulwesen dringend mehr Geld benötigt. An unseren Schulen fehlt es nämlich an allen Ecken und Enden. Und das liegt ganz bestimmt nicht nur daran, dass die vorhandenen Ressourcen falsch eingesetzt werden, wie selbsternannte „BildungsexpertInnen“ der Bevölkerung seit Jahren gebetsmühlenartig verkaufen wollen.

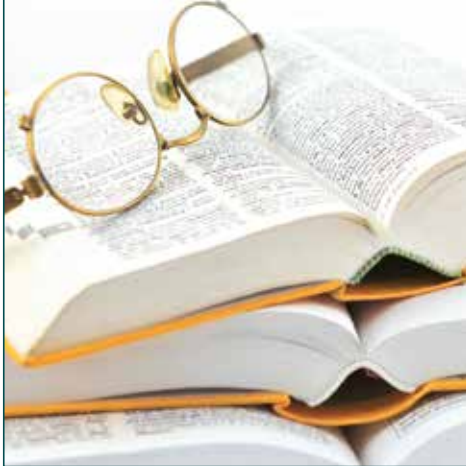
Endlich wird vermehrt erkannt, dass eine Politik, die die Chancengerechtigkeit vergrößern möchte, primär im Elternhaus ansetzen muss. Die bildungswissenschaftliche Evidenz, dass Sechsjährige beim Eintritt in die Volksschule in ihrer Entwicklung bereits um Jahre auseinander liegen und das Leistungsniveau Zehnjähriger in Österreich extrem stark vom Bildungsniveau der Eltern abhängt – also am Ende der Gesamtschule Volksschule –, scheint endlich registriert zu werden. Allerdings glauben manche ehemalige UnterrichtsministerInnen noch immer, man könne Defizite der frühkindlichen Phase durch eine Gesamtschule der Zehn- bis 14-Jährigen kompensieren.

Der Versuch, Versäumnisse der ersten Lebensjahre während der Schulzeit zumindest teilweise zu kompensieren, erfordert zusätzliche Ressourcen, die zielgenau investiert werden müssen. Eine bloße Umverteilung von Ressourcen innerhalb des Schulwesens ist dabei allerdings unbedingt zu vermeiden.

Auf die künftige Bildungsministerin bzw. den künftigen Bildungsminister warten große Aufgaben. Manche haben ihren Grund in Versäumnissen und Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte, andere haben ihren Ursprung in jüngerer Zeit. Eine der größten Baustellen ist für mich die „PädagogInnenbildung neu“. Alle Konstruktionsfehler, die von uns in der Gesetzwerdungsphase aufgezeigt wurden, sind inzwischen von der Realität bestätigt worden. Die „Induktionsphase“ etwa ist keinerlei Ersatz für das wertvolle und bewährte Unterrichtspraktikum. Dieses Problem harret einer dringenden Lösung. Der Reformbedarf betrifft aber die gesamte „LehrerInnenbildung NEU“. Die neue Regierung sollte das Konzept, das die ARGE LehrerInnen entwickelt und vorgelegt hat, das aber von den damaligen Verantwortlichen ignoriert wurde, zur Hand nehmen und gründlich reflektieren.

Dringlichst ist die Entscheidung über die Zukunft der NOST. Keine Gesetzesänderung würde nämlich bedeuten, dass die NOST ab Herbst 2020 für alle Standorte zur Pflicht wird. Aus meiner Sicht ist die Entscheidung über die NOST am besten am jeweiligen Standort zu treffen und sollte deshalb in die Schulautonomie übertragen werden.

Kaum jemand von uns LehrerInnen ist grundsätzlich gegen Reformen. Diese sollten aber unter Einbeziehung der tatsächlichen ExpertInnen, nämlich der LehrerInnen, erfolgen und darüber hinaus unbedingt einen vernünftigen Zeithorizont aufweisen. ■



„Es werden Visionen entwickelt, von denen man nicht zu sagen wüsste, was schlimmer ist: ihre intellektuelle Unbedarftheit oder die Vorstellung ihrer Realisierung.“

Univ.-Prof. Mag. Dr. Konrad Paul Liessmann, Neue Zürcher Zeitung online am 27. August 2019



„Wir benötigen dringend zusätzliches Unterstützungspersonal, um SchülerInnen und LehrerInnen vor denjenigen zu schützen, die die roten Linien permanent überschreiten.“

Mag. Dr. Eckehard Quin, GÖD-Präsidiumsmitglied und Bereichsleiter für Dienstrecht und Kollektivverträge, thema, GYMNASIUM, Juni 2019, S. 1

„Der Lehrerberuf ist ein sehr herausfordernder, der die Betroffenen, unabhängig von der Schulart, überdurchschnittlich stark fordert und belastet.“

Mag. Dr. Jörg Spenger u. a., Under pressure (2019), S. 147

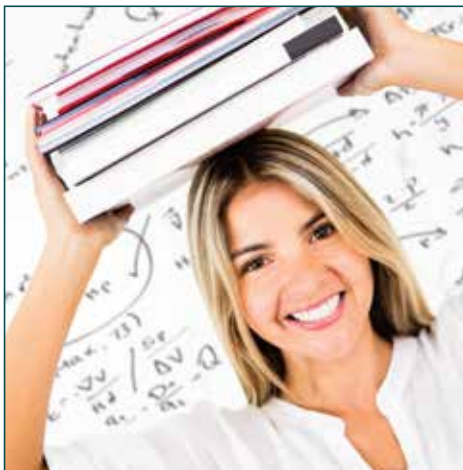
nachgeschlagen

„Wenn wir Möglichkeiten hätten, mit denen wir früher eingreifen könnten, dann würde die Situation wahrscheinlich oft gar nicht eskalieren.“

Mag. Herbert Weiß, Vorsitzender der AHS-Gewerkschaft, Ganze Woche online am 14. Mai 2019

„Das Problem der Lehrer ist, dass sie neben ihren eigentlichen Aufgaben auch noch Psychologen, Sozialarbeiter und Administratoren sein müssen.“

Paul Kimberger, Vorsitzender der ARGE LehrerInnen, Kronen Zeitung online am 12. September 2019



.....
Name

.....
Straße/Nr.

.....
Postleitzahl/Ort